

Hamburger Metallerrinnen + Metaller

Berufsbildungsforum 2006

Entwicklung in der Berufsausbildung



**Aufsichtsratsarbeit
für die Katz**

Hundehütte für den Hund,
Aufsichtsrat für die Katz

**Von der aktiven zur
aktivierenden Ar-
beitsmarktpolitik**
die Hartz-Gesetze



**Wirtschaftsdemo-
kratie gegen
Wirtschaftsmacht**
Einführung überfällig

2 Impressum

3 Aufsichtsratsarbeit für die Katz?

Die Hundehütte ist für den Hund, der Aufsichtsrat ist für die Katz

2006 nur Brosamen

die ‚Arbeitnehmerentgelte‘ sollen 2006 zulegen

4 Berufsbildungsforum 2005

Informationen über neue Entwicklungen in der Berufsbildung und neue Berufe

6 Kongress »Tabus der bundesdeutschen Geschichte«

Wie SPD und DGB vom Antikapitalismus gesäubert wurden

10 Von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik

die Hartz-Gesetze

12 Mit Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftsmacht

der Begriff Wirtschaftsdemokratie hat eine lange Tradition

15 Lesetipps

IAB Handbuch Arbeitsmarkt
Analysen, Daten, Fakten

Schnee mit dunklem Schatten

Impressum

Kontakt

Detlev Bohlmann
IG Metall Hamburg
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/28 58-539
Fax: 0 40/28 58-560
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de

Erscheinungsmonat

März 2006, 29. Jg.

Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch
Tel.: 0 40/4 30 25 88
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231
Fax: 0 40/6 45 81-770

Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

Titelfoto

Uwe Zimmermann, Hamburg

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
21037 Hamburg

V.i.S.d.P.

Bernhard Janßen
IG Metall

Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

Aufsichtsratsarbeit für die Katz?

»Was ist der Unterschied zwischen einer Hundehütte und einem Aufsichtsrat?« soll ein Konzernchef einmal gefragt haben. Seine Antwort: »Die Hundehütte ist für den Hund, der Aufsichtsrat ist für die Katz.«

Die Aktivitäten der ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat sind schwierig, mühsam und oft frustrierend. Und trotz mangelhafter Mitbestimmungsrechte, trotz vielfältiger Behinderungen, trotz durchsichtiger Angriffe auf die Mitbestimmung insgesamt bemühen sich die gewerkschaftlichen ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat, das Beste daraus zu machen, damit diese Arbeit nicht für die Katz ist, sondern der Unterstützung der Interessenvertretung insgesamt dient.

Erstes regionales AR-Seminar

Die IG Metall Hamburg ergriff im Frühjahr 2005 die Initiative und schlug vor, dass sich erstmalig Hamburger ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch treffen. Ein in Sachen Aufsichtsrats-Qualifizierung bewährtes Referenten-Team wurde dafür gefunden (Günter Jeske, Bildungsstätte Berlin-Pichelssee

und Wolfgang Erdmann, ehrenamtlicher Referent aus Hamburg), und das Seminar konnte in der Zeit 11.10. bis 14.10.2005 in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin-Pichelssee stattfinden.

»offener Erfahrungsaustausch wurde immer wieder in den Mittelpunkt gerückt«

Die beiden Referenten klärten mit den elf SeminarteilnehmerInnen zunächst ab, welche Themenschwerpunkte aus der Aufsichtsrats-tätigkeit behandelt werden sollten. Die Schwerpunkte lagen in den Themenfeldern:

- +Kommunikation im Unternehmen (Informierung durch den Vorstand, Geheimhaltung, Zusammenwirken mit den Interessenvertretungen und der Belegschaft)
- +Einflussmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat
- +Strategie und Planung (Informierung, Analysen, Einflussmöglichkeiten)
- +Referate, Gruppenarbeit und Plenums-Diskussionen sorgten für eine intensive Klärung der Themen, wobei der offene Erfahrungsaustausch immer wieder in den Mittelpunkt gerückt wurde.

Dies war der Auftakt

Nach drei Tagen waren sich alle einig: das hat sich gelohnt. Das

vermittelte Grundlagen-Wissen, die ausgetauschten praktischen Erfahrungen, die neuen persönlichen Kontakte, das alles hilft, im Aufsichtsrat besser klar zu kommen und mehr für die Interessenvertretungen und Belegschaften herauszuholen. Daher bestand am Ende Übereinstimmung darin, diese Beratungsebene fortzuführen.

»neben der bewährten Seminarform können auch ExpertInnen-Anhörungen organisiert werden«

Zu aktuellen Schwerpunktthemen, wie z. B. zustimmungspflichtige Geschäfte oder Risikomanagement, sollen Zusammenkünfte angeboten werden, wobei neben der bewährten Seminarform (ggf. am Wochenende) auch ExpertInnen-Anhörungen (ähnlich der BR-Info-Tagung) organisiert werden können. So kann ein kompetentes Netzwerk von Hamburger ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat entstehen, wobei zu überlegen ist, diesen Kreis durch Wirtschaftsausschuss-Mitglieder zu ergänzen. Am Ende der Diskussionen bestand Einigkeit: das Seminar jedenfalls war nicht für die Katz!

WOLFGANG ERDMANN
Betriebsrat Jungheinrich

2006 nur Brosamen

Die Bundesregierung ist großzügig: Die ‚Arbeitnehmerentgelte‘ sollen 2006 zulegen. Um 0,2%! Nachdem sie 2005 um ein halbes Prozent gesunken sind. So der Jahreswirtschaftsbericht 2006. Zwei Milliarden Euro mehr würden alle Beschäftigten erhalten. Klingt viel, sind aber nur die berühmten Brosamen. In Kaufkraft gerechnet wären diese zwei Zehntel nämlich ein Verlust. Mehr als zwei Prozent weniger! 2006 soll richtig gut lau-

fen. Das Volkseinkommen wird nach der Prognose um 42 Milliarden Euro wachsen. Fast alles – nämlich 40 Milliarden Euro – fließt jedoch den Reichen und Vermögenden zu. So die Bundesregierung. Die Umverteilung von unten nach oben liefe also weiter. Ob das so kommt, haben aber auch wir in der Hand. In den Tarifrunden wird darüber maßgeblich entschieden. Darum geht es: Keine längeren Arbeitszeiten, denn auch

das ist eine versteckte Einkommenskürzung. Und wo möglich: Kräftige Lohnerhöhungen durchsetzen! Das ist nicht nur unmittelbar gut für jede und jeden von uns: Mit mehr Kaufkraft kommt auch die Wirtschaft wieder richtig ins Laufen und neue Jobs entstehen.

MICHAEL SCHLECHT

Berufsbildungsforum 2005

der IG Metall Hamburg und Bergedorf

Ca. 30 KollegInnen fanden sich am 19.11.2005 im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof ein, um Informationen über neue Entwicklungen in der Berufsbildung und neue Berufe zu erhalten. Es wurde angeregt diskutiert und informiert. Es war ein guter Anfang, der unbedingt fortgesetzt werden sollte, so lautete das Fazit am Ende der Veranstaltung. Doch nun zu den Inhalten im Einzelnen.

Luis Arellano (Ausbilder bei Thyssen Krupp Marine Systems Blohm & Voss) und Ute Schmoldt-Ritter (Ausbilderin bei Hauni Maschinenbau AG) stellten den neuen Beruf des Technischen Produktdesigner dar. Was ist eigentlich ein Produktdesigner, war die Eingangsfrage, mit der Luis seine Darstellung begann. Design beinhaltet Gestaltung, Konstruktion und Entwurf und das ist schon in dem Begriff CAD (Computer Aided Design) enthalten gewesen, der das moderne Technische Zeichnen prägt. Warum also dann einen neuen Beruf?

Luis verdeutlichte in seiner Darstellung, dass wesentlich neu die Prozesskenntnis für den Produktdesigner sei. So muss zum Beispiel der Produktdesigner im Schiffbau Kenntnis über den gesamten Prozess der Fertigung eines Schiffes haben. Die früher ausreichenden Kenntnisse und Fertigkeiten über Einzelteile und Einzelprozesse sind heute nicht mehr ausreichend. Der Technische Produktdesigner muss Simulationen für das Produkt in 3-D-Darstellungen erstellen können. Die reine Zeichnung in 2-D ist dabei nur noch ein ‚Nebenprodukt‘. Anhand eines Schaubildes wurde dieses von Luis dann visuell verdeutlicht.

Die Kollegin Ute stellte dann die markanten Unterschiede zwischen dem ‚alten‘ Technischen Zeichner und dem neuen Beruf des Technischen Produktdesigners dar.

»Modellieren von Prozessen stellt den Mittelpunkt der Ausbildung dar«

In der Diskussion über den Technischen Produktdesigner wurde die Frage diskutiert, ob das, was jetzt für diesen Beruf vorgesehen ist, nicht der Technische Zeichner schon immer gemacht hat. Die Antwort darauf war eindeutig Nein. Zwar wurden Elemente des 3-D schon häufig mit vermittelt, das Modellieren von Prozessen stand dabei aber eher im Hintergrund. Dieses wurde beim Produktdesigner nun nicht nur in den Vordergrund gerückt, sondern stellt den Mittelpunkt der Ausbildung dar. Es wurde auch deutlich gemacht, dass dieses ein Beruf mit Zukunftsperspektive sei und die Neuordnung wurde auch darauf ausgerichtet. Ziel ist es, dass die Inhalte nicht morgen schon wieder überholt sind. Es ist aber dabei nicht zu vermeiden, dass der Beruf noch nicht überall zur Geltung kommen wird. Ein Bedarf wird es aber mit Sicherheit geben. Problematisiert wurde auch, dass sich die Rolle des Ausbilders verändern muss. Bei einer prozessbezogenen Ausbildung, wie sie für den Technischen Produktdesigner notwendig ist, kann die/der AusbilderIn nicht mehr alles wissen und braucht sie/er auch nicht. Vielmehr wird er die Rolle des Ausbildungs-/Lernberaters übernehmen müssen, der die/den Auszubildenden durch die Ausbildung leitet.

Zum Beruf der/des Industriekauffrau/-manns stellte die Kollegin Vera Meister ihr Lernmediensystem vor. Dieses System bildet die Geschäfts- und Arbeitsprozesse der Industriekaufleute nach und zwar an Hand eines

Referenzprozesses ‚Industrielle Auftragsfertigung‘. Dieser Prozess reicht von der Auftragsakquise bis zur Auftragsnachbereitung. Hier wurde schon gleich deutlich, dass es zwischen den Berufen Technischer Produktdesigner und Industriekauffrau/-mann deutliche Ähnlichkeiten gibt. Vera Meister stellte klar heraus, dass die traditionelle Fachorientierung und die Werkzeugorientierung nicht mehr die geeigneten Mittel für die Vermittlung von Ausbildungsinhalten sind. Vielmehr ist die Prozess- und Auftragsorientierung notwendig, damit die/der Auszubildende die Kompetenz vermittelt bekommt, die er im Berufsleben benötigt. Geschäftsprozesse sind der Handlungs- und Zielrahmen jedweder kaufmännischen Tätigkeit, stellte Vera Meister klar. Isoliertes Fachwissen oder isolierte Programmkenntnisse sind da nicht zu vermitteln. Vielmehr müssen Fachwissen und Programmkenntnisse in die Prozessabläufe integriert vermittelt werden. Denken in komplexen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen ist wichtiger als das reine Fachwissen.

»abwägen von unterschiedlichen Problemlösungswegen, die situationsangemessen zur Anwendung kommen«

Die Fähigkeit zur Problemerkennung und die Entwicklung von Lösungswegen müssen in den Vordergrund der Ausbildung rücken. Hier spielt die Methodenkompetenz eine wesentliche Rolle. Es wird nicht mehr das Vermitteln von eindeutigen Lösungswegen notwendig sein, sondern das Abwägen von unterschiedlichen Problemlösungswegen, die alle richtig sind aber situationsangemessen zur Anwendung kommen müssen. Auch hier, stellte Vera Meister klar, ist die/der AusbilderIn als Berater und Coach gefragt.

Das von ihr entwickelte Lernmediensystem ist dafür ein Hilfsmittel

tel. Es ersetzt auf keinen Fall den Ausbilder, der in der Lernsituation steuert und Anregungen gibt.

Geplant ist ein Netzwerk, um ein solches Lernmediensystem weiter zu entwickeln. Hieran sind Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Unternehmen, Schulen, Technikentwickler sowie Didaktikentwickler zu beteiligen. Dieses Netzwerk ist im Aufbau.

»aus einer prozessbezogenen Ausbildung ergeben sich nicht automatisch datenschutzrechtliche Bedenken«

In der Diskussion ging es hauptsächlich um die Frage des Datenschutzes, die recht eindeutig geklärt werden konnte. Einerseits enthält das Lernmediensystem selbst keine personenbezogenen Daten, es muss und kann an die betrieblichen Belange angepaßt werden. Sollten dabei datenschutzrechtliche Probleme auftauchen, so sind diese, wie schon bisher, in der Ausbildung zu klären. Auch ergeben sich aus einer prozessbezogenen Ausbildung nicht automatisch datenschutzrechtliche Bedenken. Diese Argumente sind häufig vorgeschoben, um eine Veränderung der Ausbildungsstruktur und der Ausbildungsinhalte zu verhindern.

Auf die Frage der bisherigen Probleme bei der Einführung von E-Learning-Systemen, stellt Vera Meister heraus, dass diese bisher weitgehend an der frontalen Wissensvermittlung orientiert waren. Dieses frontal vermittelte Wissen konnte nicht auf die Prozesse ohne weiteres angewendet werden und dadurch entsteht das Gefühl, das man für ‚nothing‘ gelernt hat. Das kann sich auch beim E-Learning nur verändern, wenn es prozessorientiert aufgebaut ist und sich als Hilfswerkzeug begreift. E-Learning ist kein Ersatz für das Lernen am konkreten Auftrag mit Hilfe von Personen, die das Lernen unterstützen.

Zum Abschluss der Veranstaltung stellte Frank Gerdes von der Vorstandsabteilung Berufsbildung noch die neugeordneten Metallberufe vor. Auch hier, wie schon bei den anderen Vorstellungen, wurde deutlich, dass die Prozessorientierung im Mittelpunkt der Neuordnung steht und auch hier den Rahmen der Ausbildung bestimmt. Als Geschäftsprozess werden hier alle Tätigkeiten verstanden, die zur Abwicklung eines konkreten Auftrages gehören. Das reicht von der Planung bis zur Übergabe an den Kunden. Am Beispiel der gestreckten Abschlussprüfung wurde von Frank verdeutlicht, dass sich diese neue Ausbildung auch in der Prüfung niederschlagen soll. Der betriebliche Auftrag ist das Herzstück der Abschlussprüfung Teil 2. Im ersten Teil der Abschlussprüfung, früher die Zwischenprüfung, werden die Grundlagen an Hand einer Praktischen Aufgabe geprüft. Dieser Teil ist Bestandteil der Abschlussprüfung und nicht wie früher bei der Zwischenprüfung ‚ohne‘ weitere Bedeutung. Dadurch wird es möglich, dass im zweiten Teil der Schwerpunkt auf der Prozessorientierung liegen kann.

Frank verdeutlichte das sehr eindringlich und stellte an Beispielen die Möglichkeiten der Bewertung dar. Auch verdeutlichte er an Bei-

spielen, wie so ein betrieblicher Auftrag aussehen kann.

Vieler dieser Beispiele können im WAP, der Seite für Weiterbildung/Ausbildung/Prüfung der IG Metall nachgeschaut werden (www.igmetall-wap.de). Als Mitglied kann man sich dort anmelden. Völlig frei ist bisher der Zugang zu der Seite www.betrieblicher-auftrag.de.

»Bildung und speziell Berufsbildung ist das, was unsere Zukunft bestimmt«

Fazit: Diese Veranstaltung der IG Metall Hamburg und Bergedorf zu Fragen der Berufsbildung war ein gelungener Auftakt. Alle Anwesenden sahen sie als sinnvoll an und plädierten dafür, dieses Angebot fortzusetzen. Diese Ergebnisse wurden am Ende von den beiden Veranstaltern Helge Thomas und Nils Bolwig auf einer Tafel festgehalten und sind inzwischen ausgewertet.

Qualifizierung, Ausbildung und Weiterbildung sind die Themen, die wohl auch die nächste Tarifrunde bestimmen. Bildung und speziell Berufsbildung ist das, was unsere Zukunft bestimmt. In diesem Sinne kann man nur wünschen, dass sich wieder sehr viele KollegInnen an der nächsten Veranstaltung beteiligen.

REDAKTION

Arbeiten in vernetzten Strukturen

- + Anwenden von Informations- und Kommunikationstechniken
- + Erstellen und Anwenden technischer Dokumentationen
- + Durchführen von qualitätssichernden Maßnahmen, Kundenorientierung
- + Konstruktion und Gestaltung
- + Prozess- und Projektmanagement
- + Vorbereiten, Kontrollieren und Dokumentieren von Arbeitsabläufen
- + Beurteilen von Fertigungs-, Montage- und Fügetechniken
- + Berechnen und Simulation
- + Werk- und Hilfsstoffe

Kongress »Tabus der bundesdeutschen Geschichte«

Wie SPD und DGB vom Antikapitalismus gesäubert wurden

Ich darf als Gewerkschafter die erfreuliche Feststellung treffen, dass es noch immer KollegInnen gibt, die vom Kapitalismus wenig oder nichts halten – allen Bemühungen zum Trotz. Insofern kann nicht von einer ‚Säuberung‘ gesprochen werden, die den ‚Antikapitalismus‘ mit eisernem Besen aus den Gewerkschaften hinausgefegt hätte.

Die Gewerkschaften sind im Ergebnis schwerer Niederlagen der politischen Arbeiterbewegung zu Trägern eines praktischen ‚Antikapitalismus‘ geworden.

Wenn wir die Jahrzehnte seit 1945 überblicken, so ist ein durchaus gegenläufiger Prozess zu erkennen. Die Gewerkschaften sind im Ergebnis schwerer Niederlagen der politischen Arbeiterbewegung zu Trägern eines praktischen ‚Antikapitalismus‘ geworden. Sie haben Tag für Tag, von der Frittenbude bis zum Automobilwerk, einen Abwehrkampf zu führen, der ihnen überhaupt nicht erlaubt, wirtschaftsfriedlichen Illusionen nachzuhängen. Jeder weiß: In diesen Kämpfen gibt es keinen durchschlagenden Erfolg. Sie sind schon jetzt das, was von vielen für die Zukunft befürchtet wird: ein „Häuserkampf von Betrieb zu Betrieb“, von Abteilung zu Abteilung, ja innerhalb der Automobilwerke von Modell zu Modell.

»dieser Kampf findet 16 Jahre nach dem für die deutsche Linke größtmöglichen Unfall statt«

Dabei wird auch Gelände preisgegeben. Aber, dass dieser Kampf – 16 Jahre nach dem für die deutsche Linke größtmöglichen Unfall – überhaupt stattfindet, hat etwas damit zu tun, dass es Männern

wie Otto Brenner und Willi Bleicher in den 50er Jahren gelungen ist, der Flut antikommunistischer und schlicht gewerkschaftsfeindlicher Agitation zu widerstehen.

Natürlich wäre es nach dem Geschmack der Arbeitgeber gewesen, jeden Kampfgeist, jedes echt gewerkschaftliche Bewusstsein aus den Verbänden des DGB herauszusäubern und sie unter ein Friedensabkommen nach Schweizer Vorbild zu zwingen.

»die rechte Opposition in der IG Metall ist nicht entstanden und noch weniger kam es zu der großen Säuberung«

Sie haben es nicht geschafft. Der ‚Arbeitgeber‘ kommentierte im September 1958 nach dem Nürnberger Gewerkschaftstag der IG Metall: „Wenn Herr Brenner [...] gewohnheitsmäßig ein durch und durch abgestandenes, in der Sache absolut revolutionäres Programm gesellschaftlicher Umgestaltung propagiert, dann kann er sich nicht über die Entstehung einer Opposition in den eigenen Reihen wundern [...]“

Sie ist nicht entstanden, diese rechte Opposition in der IG Metall, und noch weniger kam es zu der großen Säuberung, die den Arbeitgebern und den mit absoluter Mehrheit regierenden Konservativen sicher gut gefallen hätte.

Niemand wird bestreiten, dass die fortdauernde politische Spaltung der Arbeiterbewegung in den 50er Jahren auch unter Gewerkschaftern zu erbitterten Auseinandersetzungen geführt hat, aber vom Ergebnis her betrachtet zählt doch nicht das mehr oder minder

ausgeprägte Gezerre, sondern die auch und gerade in diesen Jahren wachsende Kampffähigkeit.

Das Jahr 1956 ist eben nicht nur das Jahr der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und des KPD-Verbots, sondern auch des Schleswig-Holstein-Streiks für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der DGB-Kampagne für die Fünftageswoche.

Das waren zwar keine ‚systemsprengenden‘ Forderungen, aber sie waren ein Beweis dafür, dass der vorausgegangene Versuch einer Spaltung und Lähmung der deutschen Gewerkschaften in den Fesseln einer ‚berufsständischen Ordnung‘ ohne Erfolg geblieben war. Auch auf dem Höhepunkt der antikommunistischen Hysterie in den Tagen der sowjetischen Intervention in Ungarn verding es nicht, die Funktionäre der IG Metall als ‚Agenten Ulbrichts‘ zu diffamieren.

»man überlässt es dem herrschenden Kräfteverhältnis, die Mitte zu fixieren, nach der sich das Linkssein bemisst«

Die Praxis der Verdächtigungen ging gleichwohl bis in die 70er Jahre hinein weiter, aber auch hier ist zu beobachten: Die bürgerliche Ideologie, die durchaus auch mit Gewalt in das nachfaschistische Deutschland eingepflanzt wurde, verliert immer schneller ihre Integrationskraft. Wir stehen heute vor der neuartigen Situation, dass der politische Kampf auf beiden Seiten fast ohne ideologische Unterstützung geführt wird.

Auf der Seite der Arbeitnehmer gibt es nicht einmal auf dem linken Flügel der politischen Bewegung eine zusammenhängende Vorstellung von einem gesellschaft-

lichen Ziel jenseits der heutigen Verhältnisse. Man ist bestenfalls ‚links‘ und überlässt es dem herrschenden Kräfteverhältnis, die Mitte zu fixieren, nach der sich dieses Linkssein bemisst. Auf der Seite des Bürgertums gelingt es nicht einmal im Wahlkampf, ein suggestives Bild der angeblichen ‚Herausforderungen‘ zu zeichnen. Das Kapital hat sich in unglaublich kurzer Zeit daran gewöhnt, die Welt absolut zu beherrschen, und es vertraut auf seine Macht, die allen ideologischen Komfort überflüssig erscheinen lässt. Man mutet den Arbeitnehmern fortgesetzt neue Opfer zu, ohne irgendeine Kompensation in Aussicht zu stellen, es sei denn die befristete Fortsetzung des Ausbeutungsverhältnisses.

»die unfreiwillige Karriere der Gewerkschaften zur ‚letzten Bastion‘ der Arbeiterbewegung«

Die unfreiwillige Karriere der Gewerkschaften zur ‚letzten Bastion‘ der Arbeiterbewegung ist das Ergebnis eines Phänomens, das ich die Rechtsverschiebung der Sozialdemokratie nennen möchte, ein historisch langfristiger Prozess, der das ganze 20. Jahrhundert hindurch angedauert hat und aus der Arbeiterpartei, die 1905 den russischen Revolutionären ihre wärmste Sympathie bekundete, eine bürgerliche Ersatzgarnitur werden ließ.

Auch dieser Prozess ist kein Ergebnis von Säuberungen nach 1945. Er war vielmehr schon um die Mitte des Jahrhunderts weit fortgeschritten. Susanne Miller stellte 1978 fest: „Die Wiedergeburt der Partei, die ein halbes Jahrhundert lang stolz darauf war, auf dem sicheren Fundament des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ zu stehen, erfolgte faktisch in einem theoretischen Vakuum“.

Ein solches Vakuum blieb unter den Bedingungen des Besatzungsregimes nicht lange bestehen. Dies um so weniger, als Deutschland nach 1945 einen Vorgang erlebte, der in Europa keine Parallele hat: Die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung setzte sich in Formen des Völkerrechts fort. Aus Parteiflügeln wurden Staaten. Die Außenpolitik wurde zur Fortsetzung der Innenpolitik. Wenn Kurt Schumacher die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 verlangt und eine so definierte ‚Wiedervereinigung‘ zum obersten Ziel der SPD erklärte, dann war das etwas grundsätzlich anderes, als die ‚Unversehrtheit des Reiches‘, für die man im Ersten Weltkrieg eingetreten war. Denn ostwärts der Elbe standen nicht Truppen eines imperialistischen Konkurrenten, sondern die Rote Armee. Alle Versatzstücke der alten sozialistischen Programmatik wogen nichts im Verhältnis zu dieser ‚außenpolitischen‘ Entscheidung, die in Wirklichkeit Positionsbestimmung in einem weltweiten Bürgerkrieg war.

»man muss sich wundern, dass es nicht zu heftigeren Grabenkämpfen gekommen ist«

Berücksichtigt man diese außenpolitische Aufladung jeder Regung der inneren Politik, so muss man sich wundern, dass es nicht zu heftigeren Grabenkämpfen gekommen ist. Noch 1949 boten die Programme von SPD und DGB nicht wenige Ansatzpunkte

für eine antikapitalistische Politik. Kredite und Rohstoffe sollten gelenkt, die Grundstoff- und Schlüsselindustrien sollten sozialisiert werden, und die Gewerkschaften gleichberechtigt an der Selbstverwaltung der Wirtschaft teilnehmen. So steht es in den Dürkheimer Punkten der SPD und so ähnlich auch im Münchner Grundsatzprogramm des DGB.

»das Zugeständnis der Montanmitbestimmung war ein Kompensationsgeschäft im Rahmen des Krieges«

Geplant und gelenkt wurde freilich allein im Interesse der Konzerne, und das mit durchschlagendem Erfolg, seit der Koreakrieg 1950 eine weltweite Konjunktur anheizte. Auch das Zugeständnis der Montanmitbestimmung war ein Kompensationsgeschäft im Rahmen dieses Krieges. Als Böckler 1950 mit Adenauer verhandelte, stand über allen Beteiligten das Gespenst eines Dritten Weltkrieges. Adenauer respektierte in dieser Lage die gewerkschaftliche Bastion. Böckler sagte seine Loyalität zu, welche Wendung der Kalte Krieg auch immer nehmen würde.

Schon der Koreakrieg forderte Millionen Opfer, Indochina folgte, Algerien, Vietnam, Afghanistan. Der DGB hat Wort gehalten. An seiner grundsätzlichen Position gab es keinen Zweifel. Auch bei der feindlichen Übernahme der DDR, diesem endlich wahr gewordenen Wunschtraum aller Reaktiönäre, gab es Kritik allein am Detail.

Diese Politik von SPD und DGB ist nicht mit vorangegangenen Säuberungen zu erklären. Auch wenn man für eine Skandalchro-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

nik alle die großen und kleinen Schweinereien zusammensuchen würde, so käme doch nichts dabei heraus, was den fluchbeladenen Namen einer ‚Säuberung‘ verdienen würde. Der vielzitierte Fall Agartz ist eher ein Beleg als ein Gegenbeweis. Wenige Ereignisse in der Geschichte der Gewerkschaften sind so gründlich durchleuchtet worden, wie der Auftritt von Viktor Agartz auf dem Frankfurter Bundeskongress des DGB im Herbst 1954.

»der DGB findet zu jenem Geist und jener Einheit zurück, durch den der Einbruch des kapitalistischen Kommerz verloren wurde«

Agartz selbst hat schon 1958 unter dem Pseudonym Hans-Georg Hermann eine umfangreiche Autobiographie geliefert, die mit dem Pausus schließt: „Viktor Agartz steht erst am Anfang der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaftsmacht. Über seinem kommenden Werk leuchtet fortan das erste Wort aus dem Karlsruher Freispruchurteil wie ein Menetekel auf: ‚Im Namen des Volkes‘.“ Dort wird auch der Auftritt in Frankfurt geschildert. Agartz über seine dreistündige Rede: „Das Dokument des gesamten gewerkschaftspolitischen Willens wird für Viktor Agartz ein Triumph ohnegleichen. Matthias Föcher spricht emphatisch von einer ‚glasklaren Analyse der ökonomischen Situation Westdeutschlands‘. Die Delegierten lassen die Gefühle und Gedanken, die der Chefideologe bei den Bedrängten und Hoffenden erzeugt, im endlosen Beifall verströmen [...] Der DGB findet in einer einzigen Stunde durch eine einzige Persönlichkeit zu jenem Geist und jener Einheit zurück, die alle Parteien durch den Einbruch des kapitalistischen Kommerz verloren haben.“

Die Delegierten bringen ihm in der Tat Ovationen dar. Zahlreiche Diskussionsredner unterstreichen seine Ausführungen. Eine Stim-

mung entsteht, in der jede scharfe Kritik als Sakrileg aufgefasst werden wäre. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende, der tatsächlich nicht von Glas, sondern sogar von ‚Kristall‘ gesprochen hatte, gehört selbst der christlich-sozialen Kollegenschaft an.

Für den Jesuiten Oswald von Nell-Breuning, den maßgebenden Interpreten der katholischen Soziallehre, ist das der letzte Anstoß, Agartz frontal anzugreifen. Nell-Breuning hatte bis dahin erfolglos für eine ‚berufsständische Ordnung‘ geworben und suchte nun die Koalition mit der rechten Sozialdemokratie. Noch im Vollgefühl seines Auftritts beauftragt Agartz einen Mitarbeiter des von ihm geleiteten Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, eine Broschüre zu schreiben, die Nell-Breuning mit eigenen Positionen aus früheren Jahren konfrontiert. Nell-Breuning droht nun mit der Spaltung des DGB, was angesichts des politischen Kräfteverhältnisses keine leere Rhetorik ist, und um so mehr Aufsehen erregt, als er bis dahin solche Überlegungen im katholischen Lager stets abgelehnt hatte.

»Agartz Sturz ist ein Beispiel für die zwiespältige Funktion von Ideologie und Rhetorik in der gewerkschaftlichen Praxis«

Ohne Zögern distanziert sich der DGB von der Broschüre, schickt Agartz in Urlaub, entlässt ihn schließlich im Dezember 1955. Nell-Breuning hatte sich schon im März über den Erfolg seiner in München gehaltenen Brandrede gegen Agartz gefreut: „Die Rede hat offenbar gut eingeschlagen: in ‚kirchlichen‘ und Unternehmerkreisen hat sie mich ‚rehabilitiert‘; die Gewerkschaften haben sich selbst geehrt durch die Art, wie sie sie aufgenommen haben.“

Wie konnte es Nell-Breuning mit seiner Ehre vereinbaren, einen längst entmachteten Gegner öffentlich ‚auszuschalten‘, um sich selbst interner Kritik zu entziehen und bei den Arbeitgebern Punkte zu sammeln? Ich fürchte, diese Frage wird ihm wenig Kopfschmerzen bereitet haben.

1957 wird Agartz verhaftet. Ein Landesverratsprozess endet noch im gleichen Jahr mit Freispruch. 1964 stirbt er. Sein Sturz ist nicht das Fanal für eine umfassende ‚Säuberung‘, sondern ein Beispiel für die höchst zwiespältige Funktion von Ideologie und Rhetorik in der gewerkschaftlichen Praxis. Werner Petschik hat 1970 geschrieben: „Eine marxistische Analyse wird keinen Augenblick vergessen, dass hinter dem Wortradikalismus von Forderungen und Aussagen bestimmter Führungskräfte des DGB die Absicht steckt, Dampf abzulassen, an Strömungen und Stimmungen in der Mitgliedschaft einen gewissen Tribut zu entrichten.“

Man muss nicht unbedingt Marxist sein, um auf diesen Gedanken zu kommen. Im Herbst 1954 entrichtete eine verunsicherte DGB-Führung den Tribut nicht selbst, sondern ließ ihn entrichten. Die bleibende Tragik des Vorgangs besteht darin, dass der ‚Chefideologe‘ zu bewegen glaubte und doch nur selbst bewegt wurde. Als Redner war er im Rahmen der Kongressregie nützlich gewesen, als Bauernopfer im grossen Spiel noch viel nützlicher.

Die SPD der ersten Nachkriegsjahre begründete die sozialistischen Elemente ihres Programms mit der Überzeugung, der Wiederaufbau eines so tiefgreifend zerstörten Landes könne nicht nach kapitalistischen Grundsätzen erfolgen. Eine solche Politik müsse zwangsläufig scheitern. Wir wissen heute, dass dies ein fundamentaler Irrtum war.

Die Kommunisten setzten auf die werbende Kraft des sozialisti-

schen Beispiels. Viktor Agartz nannte das in seinem Ablehnungskatalog von 1946 weniger liebevoll „zentralisierten Staatskapitalismus in Form der marktlosen Wirtschaft“. Wir wissen heute, dass allein die Existenz der sozialistischen Länder und insbesondere der DDR in jeder Tarifrunde einen gewissen Zuschlag bedingte, eine Art antisozialistischer Versicherungsprämie, die das Kapital zu zahlen bereit war. Der Sozialismus selbst ist durch diese, in der Zeit selbst kaum wahrgenommene Nebenwirkung für die meisten Arbeitnehmer nicht attraktiver geworden. Im Gegenteil: Je höher sie ihr Lebensniveau anheben konnten, um so armseliger erschienen ihnen das Leben in Mittel- und Osteuropa.

»eines der wesentlichen Merkmale der Stalin-Diktatur war ein ausuferndes System der Zwangsarbeit«

Wer die Formierung der bundesdeutschen Gesellschaft auf der Basis des Antikommunismus verstehen will, der darf nicht außer Acht lassen, dass die spätestens 1929 einsetzende Deformation der sowjetischen Gesellschaft im Deutschland der Nachkriegszeit nicht etwa als akademisches Thema wahrgenommen wurde, sondern als prägendes, ja traumatisches Erlebnis.

Eines der wesentlichen Merkmale der Stalin-Diktatur war ein ausuferndes System der Zwangsarbeit. Teil dieser Arbeitsheere waren die deutschen Kriegsgefangenen. Unter Punkt 14 des Dürkheimer Katalogs stellte sich die SPD 1949 die Aufgabe: „Unermüdlicher Appell an die moralischen Kräfte der Welt für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Frauen. Rückführung der Verschleppten. Kampf gegen die Sklavenarbeit in jeder Form und gegen die Konzentrationslager in

der sowjetischen Besatzungszone.“ Die Formulierungen klingen nach antisowjetischer Propaganda und waren von dieser in allen Tonlagen begleitet, im Kern aber wurden sie gestützt durch das, was Millionen Gefangene selbst erlebten.

Der bizarre Kult um die Person Stalins ließ die sozialistische Sowjetunion vollends als eine ferne, exotische Welt erscheinen, die man fürchtete, vielleicht auch bewunderte, in der man aber nicht hätte leben wollen. Oskar Negt hat in einer kleinen Broschüre aus dem Jahr 1998 geschrieben: „Da die Linke kein Verhältnis zur Geschichte, auch nicht zu ihrer eigenen Geschichte hat, nimmt sie teil an jenem psychologischen Mechanismus, den Alexander und Margarethe Mitscherlich als Unfähigkeit zu trauern bezeichneten. Wer über Verluste, die er erlitten hat, nicht trauern kann, hat auch keine Kraft zur Utopie.“

Ist es nicht erschreckend, wie wenig wir heute trauern, über das, was 1989, was 1991 zerbrochen ist? Wie gut wir schweigen können, obwohl uns keine Säuberung droht? Wie lange wir blind waren, als die Konterrevolution sich schon in die höchsten Ämter hinaufgearbeitet hatte? Nun könnte man auch das Ringen um Geschichte und Geschichtsschreibung in der Arbeiterbewegung als einen skandalösen Prozess des Verweigerns, des Zurückdrängens und endlich der Vernachlässigung beschreiben. Aber ist nicht, trotz der verweigerten Neuauflage hier und dem gestoppten Projekt dort, seit den 70er Jahren unendlich viel über die Geschichte der Arbeiterbewegung geredet und geschrieben worden?

Das Lernen aus der Geschichte, das in den späten 70er Jahren begann, hat doch nicht aufgehört, weil es einigen Kollegen nicht gefallen hat, und die Presse Alarm schlug. Es ist weitergegangen und hat in beharrlicher Arbeit dem

Prozess gewerkschaftlicher Bewusstseinsbildung reiches Material zugeführt.

»niemand ist daran gehindert worden, die Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung aufmerksam und kritisch zu studieren«

Niemand ist in den 80er und 90er Jahren daran gehindert worden, diese Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung aufmerksam und kritisch zu studieren. Für das Ergebnis des Lernens war und ist freilich jeder selbst verantwortlich. Auch hier gibt es ‚Risiken und Nebenwirkungen‘. Ich zitiere noch einmal das Büchlein von Oskar Negt aus dem Jahr 1998: „Ich kann weder für die Partei insgesamt noch für den Kanzlerkandidaten, den Partei- und Fraktionsvorsitzenden, also konkret gesprochen für Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Rudolf Scharping, Gewissheiten vermitteln. Aber was ich öffentlich von den dreien wahrnehme und was ich persönlich von ihnen weiß, bildet eine solide und aussichtsreiche Grundlage für eine neue Reformperiode.“

»die lebendige Bewegung ist über alle Skandale und Kampagnen hinweggegangen«

Das ist nun auch vorbei. Wir haben auf diesem Kongress vieles gehört, was einen zweifeln und verzweifeln lassen könnte. Aber die lebendige Bewegung ist über alle Skandale und Kampagnen hinweggegangen. Mag mancher irre daran geworden sein. Wir Gewerkschafter haben die Erfahrung daraus mitgenommen, dass niemand uns kleinkriegen kann, nicht einmal wir selbst.

PETER SCHERER

Von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik

die Hartz-Gesetze

Kein Reformvorhaben hat die öffentliche Debatte dermaßen aufwallen lassen wie die vier „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, populär auch als „Hartz-Gesetze“ titulierte. Die Befürworter werten sie als Symbol, dass die Politik doch noch die Kraft zu Richtungweisenden Reformen findet. Endlich werde der Abschied von einer als nicht finanzierbar angesehenen Arbeitsmarktpolitik eingeleitet. Weitere Schritte in diese Richtung müssten jedoch folgen, um die Beschäftigungsmisere beheben zu können. Das Arbeitslosengeld gilt immer noch als marktwidrig hoch. Dadurch würden Anreize fehlen, Tätigkeiten im Niedriglohnsektor anzunehmen. Gänzlich anderer Auffassung sind die Gegner der Hartz-Reformen. Sie sehen hierin den beginnenden Abschied vom Sozialstaatsprinzip. Dem Staat werfen sie vor, dass er den Arbeitssuchenden mehr Eigenverantwortung abverlange und sich aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung zurückziehe, anstatt die Arbeitsmarktprobleme mit einer offensiven Beschäftigungspolitik anzugehen.

»Prinzipien der Eigenverantwortung, des Fordern und Förderns und der Ausbau flexibler Beschäftigungsverhältnisse«

Konzeptionell vollziehen die Hartz-Gesetze einen Wandel von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Dieser Ansatz setzt verstärkt auf die Prinzipien der Eigenverantwortung, des Fordern und Förderns sowie den Ausbau flexibler bzw. atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Aktive Instrumente wie die Förderung der beruflichen Weiterbildung

oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden dagegen zurückgeschraubt. Instrumentell handelt es sich um ein äußerst komplexes Reformwerk. Hierzu gehören der organisatorische Umbau der ehemaligen Bundesanstalt zu einer modernen Dienstleistungseinrichtung als Bundesagentur, die neue Steuerungsphilosophie des Forderns und Förderns, die Ausweitung atypischer Beschäftigung, die Einschnitte in das Leistungsrecht sowie die Reform und gleichzeitige Reduzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik.

»Arbeitsmarkt- und sozialpolitisch bedenklich ist die Förderung atypischer Beschäftigung«

Zweifellos sind einzelne Elemente und Prinzipien der Hartz-Reform arbeitsmarktpolitisch positiv zu bewerten. Problematisch erscheint jedoch, wie das neue Leitbild der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mit seinen Kernelementen der vermehrten Eigenverantwortung sowie dem Prinzip des Forderns und Förderns umgesetzt wird. Arbeitsmarkt- und sozialpolitisch bedenklich ist die Förderung atypischer Beschäftigung.

Die Weichen für den Wandel von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik hatte zwar bereits 1997 der Wechsel des Arbeitsförderungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch III gestellt. Aber erst die Hartz-Gesetze setzen die Grundidee der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, die auf dem Konzept des aktivierenden Sozialstaates fußt, auch instrumentell um. Sah das Arbeitsförderungs-gesetz, die seit 1969 geltende rechtlich-normative Grundlage der Arbeitsmarktpolitik, noch die Herstellung eines hohen Beschäftigungsstandes und die Vermeidung hoher Arbeitslosigkeit als alleinige Aufgabe öffentlicher Politik an, so

werden nun die Arbeitssuchenden bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstärkt in die Pflicht genommen. Die Grundidee ist, durch staatliche Maßnahmen die Handlungsautonomie der Betroffenen zu vergrößern, ihre ‚Marktfähigkeit‘ zu stärken – und zwar hinsichtlich ihrer erforderlichen kognitiven Fähigkeiten sowie ihrer Motivation. Der aktivierende Staat tritt den Individuen fordernd und fördernd gegenüber.

Um den Forderungen gegenüber den Arbeitssuchenden Nachdruck zu verleihen, haben die Hartz-Gesetze das bestehende Arsenal an sozialen Sanktionen weiter bestückt: Sie verkürzten die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von max. 32 auf max. 12 bzw. 18 Monate für Arbeitslose ab 55 Jahre, verschärfte die Zumutbarkeit, kehrten die Beweispflicht unzumutbarer Beschäftigung zu Lasten der Beschäftigten um, schafften die vom Einkommen abhängige Arbeitslosenhilfe ab und legten sie mit der niedrigeren, auf dem Bedürftigkeitsprinzip basierenden Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammen. Auch die Förderaktivitäten wurden ausgebaut: Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger werden in die Leistungen der Arbeitsmarktpolitik einbezogen, Eingliederungspläne und verstärkte Vermittlungsaktivitäten sollen die Suchzeiten verkürzen, neue Instrumente wie Mini- und Midi-Jobs, (Für Arbeitnehmer sind die Mini-Jobs abgabenfrei, der Arbeitgeber hat 23% des Arbeitsentgelts als Beitrag an die Renten (12%) und Krankenversicherung (11%) sowie 2% Lohnsteuer zu

zahlen. Bei den Midi-Jobs zahlen die Arbeitnehmer einen gestaffelten Beitrag zu den Sozialversicherungen, der bei 800 Euro den vollen Satz von 21% erreicht. Arbeitgeber zahlen die üblichen Anteile an den Beiträgen). Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs), (Nach § 16 Abs. 3 SGB II können für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden, Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, die im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sein müssen. Hierbei handelt es sich nicht um Arbeitsverhältnisse im Sinne des Arbeitsrechts. Für die Tätigkeiten wird (ohne Anrechnung auf das Arbeitslosengeld II) eine Entschädigung von 1 bis 2 Euro pro Stunde geleistet.) Leiharbeit im Rahmen der Personal-service-Agenturen (PSA) sowie Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) sollen in neue Beschäftigung führen. (Existenzgründer erhalten einen degressiv gestaffelten Zuschuss für max. drei Jahre, wenn ihr Jahreseinkommen 25 000 Euro nicht übersteigt.)

»die intensivere Betreuung lässt eine gezieltere Vermittlung erwarten«

Zu den zweifellos positiven Elementen des Förderns gehören die intensivierten Beratungs- und Vermittlungsaktivitäten. Zwar entspricht das derzeitige Verhältnis von Beratern bzw. Fallmanagern und zu betreuenden Arbeitsuchenden noch nicht der angestrebten Relation von eins zu 75 bis 150 statt bisher eins zu 350 bis 800. Grundsätzlich lässt die intensivere Betreuung aber eine gezieltere Vermittlung erwarten. Hierzu dürften auch die zwischen Fallmanager und Arbeitslosen zu treffenden Eingliederungsvereinbarungen beitragen. Sie legen Schritte fest, mit denen die Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden soll. Grundlage hierfür bildet eine Eignungsfeststellung (Profiling), bei der die Merkmale und Fähigkeiten der Arbeitslosen erfasst werden.

Diese Aktivierungsbemühungen

werden die bislang bescheidene Rolle der BA bei der gesamten Arbeitsvermittlung stärken, die Besetzung offener Stellen beschleunigen und Mismatch verringern.

»verkürzte Vakanzenzeiten ändern aber kaum etwas an dem defizitären Angebot an offenen Stellen«

Erste positive Wirkungen zeichnen sich ab. In 2004 ist die durchschnittliche Vakanzenzeit, die Zeit, in der ein Arbeitsplatz zu besetzen war, deutlich um 12 auf 39 Tage gesunken. Dieser Effekt dürfte neben der verschlechterten Arbeitsmarktlage auch den intensivierten Vermittlungsaktivitäten zuschreiben sein. Verkürzte Vakanzenzeiten ändern aber kaum etwas an dem defizitären Angebot an offenen Stellen. Im Oktober 2005 kamen auf eine offene Stelle etwa 10 Arbeitslose, in Ostdeutschland sogar etwa 14.

Dem generellen Arbeitsplatzdefizit versucht die Strategie des Förderns auf zweierlei Weise zu begegnen. Verschärfte Sanktionen und verschlechterte soziale Leistungen sollen entweder bisherige Leistungsempfänger mit nur geringer Erwerbsneigung zu einem Rückzug vom Arbeitsmarkt bewegen („Bestandsbereinigung“) oder den Weg in den Niedriglohnsektor ebnen. Zweifel sind angebracht, ob es angesichts der sich abzeichnenden Trends am Arbeitsmarkt (alterndes und schrumpfendes Erwerbspersonenpotential bei gleichzeitig steigenden Qualifikationsanforderungen) eine problemadäquate Politik ist, ohnehin bestehende Verdrängungs- und Dequalifizierungsprozesse zu intensivieren, den Sektor für gering Qualifizierte auszubauen und gleichzeitig die Weiterbildungsförderung drastisch zu beschneiden. Fachkräftemangel wird dadurch vorprogrammiert. Sobald die Arbeitskräftenachfrage konjunkturell wieder anspringt, wird er virulent werden.

Mit sozialen Problemen ist bei der Umsetzung des Prinzips der vermehrten Eigenverantwortung zu rechnen. Dieses Leitbild liegt mittlerweile nahezu sämtlichen sozial- und bildungspolitischen Reformansätzen zugrunde. Zu befürchten ist allerdings, dass gerade die Problemgruppen des Arbeitsmarktes, die gering Qualifizierten oder die atypisch Beschäftigten, sowohl in ihren finanziellen Ressourcen als auch Handlungskompetenzen überfordert werden. So lassen die Anspruchskriterien beim Arbeitslosengeld II nur vergleichsweise bescheidene Vermögensfreibeträge (ca. 13 000 Euro) zu. Wie aber sollen Beschäftigte zukünftig verstärkt Eigenvorsorge für die Altersvorsorge betreiben können, wenn sie bei längerer Arbeitslosigkeit gezwungen sind, zunächst die Ersparnisse bis auf eine Restgröße aufzubauchen, bevor sie Transferleistungen erhalten? Das Risiko der Altersarmut wächst. Verstärkt wird es durch die mit den Hartz-Gesetzen intensivierte Förderung geringfügiger Beschäftigung sowie des Niedriglohnbereichs. Die wachsenden Gruppen der Geringverdiener, Langzeitarbeitslosen oder Beschäftigten mit unsteten Erwerbsbiografien und hohen Beschäftigungsrisiken werden kaum Eigenvorsorge treffen können. Sie sind vielmehr in steigendem Maße auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen.

»Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten dürften schlichtweg überfordert sein«

Vermehrte Eigenverantwortung setzt bei den Adressaten neben finanziellen Ressourcen außerdem Marktcompetenz und die Fähigkeit zu autonomen Handeln voraus. Gemeint ist die Fähigkeit, Informationen zu beschaffen und bewerten sowie mit Anbietern (z. B. im Weiterbildungsbereich) verhandeln zu können. Gerade diese Fähigkeiten dürften bei Adressatengruppen mit schwacher Marktposition, wie Langzeitar-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

beitslosen, gering Qualifizierten und in Teilbereichen auch bei Ausländern allenfalls rudimentär vorhanden sein. Sie dürften schlichtweg überfordert sein, falls nicht umfassende, inhaltlich weit über die bloße Arbeitsvermittlung hinausgehende Information und Beratung erfolgen. Ansonsten läuft Arbeitsmarktpolitik auf Bestenauslese hinaus.

»die beschäftigungspolitischen Erwartungen waren von Beginn an weit überzogen«

Auch die zweite beschäftigungspolitische Säule der Hartz-Gesetze, die Förderung atypischer Beschäftigung (Mini-/Midijobs, 1-Euro-Jobs, Ich-AG, Leiharbeit im Rahmen von PSA) trägt nicht. Die beschäftigungspolitischen Erwartungen waren von Beginn an weit überzogen. Allein die Leiharbeit im Rahmen der PSA sollte innerhalb von drei Jahren bis zu 500 000 Arbeitslose übernehmen. Mit zuletzt (Mitte 2005) gut 17 000 Leiharbeitnehmern hatten die PSA jedoch nur einen Bruchteil der Erwartungen erfüllen können. Andere atypische Beschäftigungsformen weisen dagegen zwar beachtliche Zuwächse auf. So haben die Minijobs zwischen 2003 und 2005 (jeweils Juni) um 0,9 Mio. zugelegt, die 1-Euro-Jobs seit Jahresbeginn 2005 um über 200 000. Nahezu spiegelbildlich ist jedoch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geschrumpft. Starke Indizien sprechen dafür, dass ein Gutteil dieser Entwicklung auf Substitutions- bzw. Verdrängungseffekte zurückzuführen ist. Besonders ausgeprägt fällt die gegenläufige Entwicklung von versicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung in den traditionellen Hochburgen geringfügiger Beschäftigung aus, in den Bereichen Gastgewerbe, Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Weiter relativiert wird der arbeitsmarktpolitische Effekt der geringfügigen Beschäftigung dadurch, dass der kräftige Zuwachs dieser

Beschäftigungsform zu fast 60% auf das Konto von geringfügig Nebenerwerbstätigen geht. Sie zahlen für diese Tätigkeit keine Beiträge zur Sozialversicherung, da sie bereits im Rahmen ihrer Hauptbeschäftigung sozialversichert sind. Dieser Sachverhalt trifft auch auf die Gruppe der Schüler, Studenten und Rentner zu, die ebenfalls vermehrt Minijobs übernehmen. Die zusätzliche Beschäftigung dieser Personengruppen reduziert nicht die Zahl der registrierten Arbeitslosen.

Diese Umschichtungs- und Verdrängungsprozesse schmälern nicht nur die Arbeitsmarktbilanz. Sie beeinträchtigen auch die Bilanzen bei den Sozialversicherungen. In dem Maße, wie speziell Mini- und Midi-Jobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen, entgehen den Sozialversicherungen Einnahmen. Die Renten- und die Krankenversicherungen erhalten nicht den vollen Beitragssatz, obwohl Anspruch auf volle Leistungen bei der Krankenversicherung besteht. Die Arbeitslosenversicherung geht bei den Mini-Jobs sogar leer aus. Aber auch die Ausgabenseite der Sozialversicherungen leidet. Werden die zusätzlichen Mini- und Midi-Jobs als Nebentätigkeiten oder von primär nicht erwerbstätigen Personen ausgeübt, bleibt die Zahl der registrierten Arbeitslosen unverändert. Entlastungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte bleiben aus, während gleichzeitig die Einnahmeseite geschwächt wird. Halten diese Prozesse an, sind steigende Beiträge bei den Sozialversicherungen vorprogrammiert. So gehen Entlastungen bei der Arbeitsmarktpolitik auf Kosten der Sozialversicherung. Was ist gewonnen? Aus den mit den Hartz-Gesetzen selbst gelegten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fallstricken wird sich die Politik nur befreien können, wenn sie sich endlich für eine offensive makroökonomische Steuerung entscheiden könnte.

HARTMUT SEIFERT

Mit Wirt- gegen

Bei den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer großen Koalition in Berlin stand das wichtigste Thema nicht einmal auf der Tagesordnung. Die ordnungspolitische Frage nach der überfälligen Einführung einer Wirtschaftsdemokratie in Deutschland wurde deshalb auch nicht gestellt. Dabei hat der Begriff Wirtschaftsdemokratie eine lange Tradition. Erste Forderungen nach einer demokratisierten Wirtschaft wurden schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung im Kontext einer ‚politökonomischen Kategorie‘, wie die Historikerin Ulla Plener betont, „als ein Gebot sozialer Gerechtigkeit verstanden und gefordert“.

Im Wesentlichen geht es um drei Aspekte: (1) Um ethische Belange in der Ökonomie, um Freiheit der Individuen und einer Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten. (2) Geht es um den begründeten Anspruch einer Partizipation der abhängig Beschäftigten als Teilhabe des von den Lohnarbeitenden geschaffenen Überschussproduktes und um Teilnahme an den Entscheidungsprozessen in Betrieb und Wirtschaft. (3) Besteht für den demokratisch verfassten Staat die Verpflichtung, suboptimale und ungerechte Marktergebnisse durch staatliche Wirtschaftspolitik zum Vorteil für die Mehrheit der Staatsbürger zu berichtigen.

In der ökonomischen Wissenschaft sind vier herausragende Vertreter zu nennen, die sich mit der Konzeptionierung einer Demokratisierung der Wirtschaft aus-

schaftsdemokratie Wirtschaftsmacht

einandergesetzt haben. Da war zunächst Fritz Naphtali, der 1928 im Auftrag des ‚Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes‘ (ADGB) eine umfassende gesamt- und einzelwirtschaftlich angelegte Konzeption für eine Wirtschaftsdemokratie entwickelt hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten 1966 Oswald von Nell-Breuning und 1978 Fritz Vilmar und Karl-Otto Sattler. Als vierter Vertreter in dieser Reihe ist Ota Sik mit seiner Konzeption einer ‚Humanen Wirtschaftsdemokratie‘, eines ‚Dritten Weges‘ zwischen autoritärem (zentralplanerischem) Sozialismus und einem zügellosen Kapitalismus zu nennen.

»allen Konzeptionen ist die einzel- als auch die gesamtwirtschaftliche Ebene in Form eines ganzheitlichen Ansatzes wichtig«

Allen Konzeptionen ist mehr oder weniger sowohl die einzel- als auch die gesamtwirtschaftliche Ebene in Form eines ganzheitlichen Ansatzes wichtig. Das heißt, eine Wirtschaftsdemokratie umfasst „alle ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind“ (Fritz Vilmar). Diese politökonomische Axiomatik ist aber realiter bis heute in Deutschland nicht einmal in Ansätzen realisiert. Es gibt insgesamt unter dem notwendigen Gesichtspunkt von Demokratisierung und Mitbestimmung in der Wirtschaft einen enorm hohen Nachholbedarf. Bis heute liegt in der bundesdeutschen Gesellschaft eine tiefe Dichotomie zwischen dem gesellschaftlich-politischen Bereich auf

der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite vor. „Die Demokratisierung der Wirtschaft im Mikro-, ebenso wie im Makrobereich, stellt, so Rudolf Hickel, die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart, aber vor allem auch der Zukunft dar. Denn erst mit der Demokratisierung der Wirtschaft werden die gesellschaftsstrukturierenden Machtzentren zurückgedrängt und einer direkten Planung und Kontrolle unterzogen. Gleichzeitig wird damit auch eine für die herrschende Staatsauffassung typische Dichotomie überwunden. Während das System der parlamentarischen Demokratie von der Idee lebt, es reiche aus, die politischen Strukturen eines Landes zu demokratisieren, fordert eine radikale - d.h. eine an den gesellschaftlichen Wurzeln ansetzende - Demokratisierung auch und eben die Einbeziehung der Wirtschaft.“ Dennoch stoßen unnachgiebig bis heute die parlamentarisch demokratischen Strukturen - in einem Bundes- und Sozialstaat föderal angelegt - auf eine weitgehend autokratisch (paternalistische) Führungs- und Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft. Dies gilt insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, wo noch weitgehend der feudale ‚Herr-im-Hause-Standpunkt‘ gepflegt wird.

»jede Diskussion um eine Wirtschaftsdemokratie im Keim erstickt«

Die wesentliche Ursache liegt in hochkonzentrierten Eigentumsstrukturen und einer daraus folgenden unternehmerischen Dispositionsfreiheit begründet, die ein uneingeschränktes ‚Investitions-

monopol der Kapitaleigner‘ (Erich Preiser) impliziert. Die Kapital-eigentümer müssten zur Gründung und zum Ausbau ihrer Unternehmen Kapitalrisiken auf sich nehmen und sollten daher auch die alleinige Kontrolle und das Sagen haben. Mit dieser Ideologie, und die daraus abgeleitete und gerechtfertigte uneingeschränkte Herrschaftsausübung des Kapitals, wurde, und wird bis heute, jede Diskussion um eine Wirtschaftsdemokratie im Keim erstickt.

Die Gewerkschaften hielten dagegen: Otto Brenner, langjähriger Vorsitzender der IG Metall, konkretisierte und begründete 1961 aus Sicht der Gewerkschaften noch einmal die Forderung nach einer Wirtschaftsdemokratie.

»Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der ausschließlich von ihnen geschaffenen Werte«

„Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der ausschließlich von ihnen geschaffenen Werte.“

Diese arbeitswerttheoretische Ableitung von Brenner für eine Wirtschaftsdemokratie ist zu betonen, weil sie die entscheidende Begründung liefert. Erstens gilt hier folgendes: Nur die lebendige Arbeit in Verbindung mit der Natur ist in

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

der Lage einen gesellschaftlichen Neuwert und Überschuss zu generieren. Weit vor Karl Marx formulierte dies schon William Petty. Der Mensch schafft sich selbst, und zwar auf der Grundlage von zweierlei: der äußeren Natur und der Arbeit. Sein Reichtum hat daher zwei Quellen: „Die Arbeit ist sein Vater und die Erde seine Mutter.“ Arbeit und Natur, nicht das aus Gewinn entstehende tote Kapital, sind demnach die Ursache allen Wohlstandes, des privaten wie des öffentlichen.

»der Unternehmer, das Kapital, lebt immer nur von der Arbeit anderer Menschen«

Der Gewinn hat dabei seine Quelle nur darin, „dass die Arbeit mehr produziert, als zu ihrem eigenen Unterhalt, zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich ist“, so der britische liberale Ökonom John Stuart Mill. Der Unternehmer, das Kapital, lebt immer nur von der Arbeit anderer Menschen. Dies ist das eigentliche Kernproblem kapitalistischer Ordnungen. Es ist letztlich ein Verteilungsproblem. Die einseitige Gewinnaneignung des Kapitals ohne jegliche wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten wird auf Grund des Kapitaleigentums und des möglichen Verlustes im kapitalistischen Verwertungsprozess mehrheitlich anerkannt. Das Risiko des Kapitaleigners rechtfertigt hier die Gewinnaneignung - erklärt sie aber nicht. Dabei wird sogar systematisch übersehen, dass sich Verluste nur auf die bei einer Unternehmensgründung originär eingebrachte Kapitalsumme beziehen können. Danach realisierte Gewinne, die über eine Thesaurierung zu einer erweiterten Kapitalakkumulation führen, sind bereits dem Faktor Arbeit und der Natur geschuldet. Zweitens ist die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie damit begründet, dass Unternehmen, vor

allen Dingen große Unternehmen und Konzerne, keine Privatangelegenheiten von Privatpersonen für Privatpersonen sind, sondern gesellschaftliche Einrichtungen, die großen Einfluss auf das Leben von vielen Menschen haben, in denen eben wegen dieses Einflusses demokratische Verhältnisse herrschen müssen. Und hier kommt noch etwas ganz entscheidendes hinzu: Die einseitig ohne Arbeitnehmerpartizipation vom Kapital vollzogenen Investitionen in Technik, Organisation und Märkte, wirken eben nicht womöglich nur negativ auf das Kapital selbst zurück, sondern treffen mit einem persönlichen Risiko den abhängig Beschäftigten viel mehr. Er verliert seine Arbeit und einzige Reproduktionsbasis, was insbesondere unter Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit, wie Oskar Negt betont, „ein kapitalistischer Gewaltakt ist, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der davon betroffenen Menschen.“ Sächliche Produktionsmittel und die unternehmerische Freiheit sind verfassungsrechtlich durch das Eigentum mehr geschützt als die menschliche (lebendige) Arbeit. Diese Asymmetrie ist inakzeptabel.

»die maschinelle Ausstattung eines Unternehmens ist allenfalls ein Museum oder eine Ausstellung«

Drittens gilt als Begründung für eine Wirtschaftsdemokratie: Ohne Beschäftigte gibt es überhaupt keine Unternehmen. Selbst dieser triviale Tatbestand ist intellektuell abhanden gekommen. Nur der Unternehmer ohne abhängig Beschäftigte ist zwar Unternehmer, er ist dann aber gleichzeitig auch nur Arbeiter, der sich selbst zu reproduzieren hat und nicht von der Arbeit anderer leben kann. Diese Zusammenhänge spielten nicht nur in der Volkswirtschaftslehre, sondern auch bei den Nestoren der zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch jungen Betriebswirtschaftslehre eine wichtige und herausragende Rolle. Nur die maschinelle Ausstattung (totes, fixes

Kapital) eines Unternehmens ist demnach allenfalls ein Museum oder eine Ausstellung. Der Mensch ist das Wichtigste, er bewegt das tote Kapital. Die Beschäftigten hätten, so die Betriebswirte, weil sie ihre Arbeitskraft und ihr geistiges Kapital im Unternehmen einsetzen, die gleichen Eigentumsrechte am Ertrag wie der „Betriebsherr“. Deshalb sei dieser auch weder den Beschäftigten noch dem Gewinn gegenüber uneingeschränkter Herrscher. Arbeit ist gleichberechtigt an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Nur hierdurch kann einer sozialen Arbeitsgesellschaft ein neuer Aufschwung erwachsen. Auf der mikroökonomischen (unternehmerischen) Ebene ist das Verhältnis von Arbeit und Kapital in den Unternehmen von der Ausübung einer Klassenmacht gegenüber den abhängig Beschäftigten endlich zu befreien.

»erst eine Gesellschaft, die Gewinne aus Arbeit und Kapital redlich aufteilt, ist eine humane und gerechte«

Dazu muss der Faktor Arbeit mit Gegenmacht („Countervailing power“) ausgestattet werden. Nicht nur durch eine modifizierte und auf eine ökonomische Effizienz verengte und orientierte Mitbestimmungsgesetzgebung, sondern durch die uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital auf unternehmens- und betriebsbezogener Ebene. Erst eine Gesellschaft, die die gemeinsam erarbeiteten Einkommens- und Vermögensgewinne aus Arbeit und Kapital rechtlich gleichstellt und redlich aufteilt, und dies durch ihre Gesetze besiegelt, ist eine vom Ansatz her humane und gerechte. Dazu bedarf es der uneingeschränkten materiellen und immateriellen Partizipation der abhängig Beschäftigten in den Unternehmen.

Dies ist zweifach wirtschaftsdemokratisch zu flankieren. Erstens durch die globale Ebene. Man könnte auch sagen durch das

makroökonomische Verhältnis von Politik und Wirtschaft in Form einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung. Der Staat, der politische Überbau, muss die Wirtschaft aussteuern (korrigieren) und kontrollieren, ansonsten entstehen im Markt- und Wettbewerbsgeschehen unerwünschte Ergebnisse und wirtschaftliche Machtgebilde. Die originären Marktergebnisse sind nie gesellschaftlich akzeptable und gerechte Ergebnisse. Auf der zweiten, der ökonomischen Mesoebene, muss eine demokratische Begleitung der

Unternehmensverfassung umgesetzt werden.

»das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft muss wieder in Stand gesetzt werden«

Dies hat durch eine Tarifpolitik im Sinne einer produktivitätsorientierten Einkommenspartizipation und im Sinne einer umverteilenden gerechteren Vermögensbeteiligung durch Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungsmodelle zu geschehen und nicht zuletzt durch eine arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung zum Schutz des

Menschen im Produktionsprozess. Ohne diesen ‚Dreiklang‘ auf der Mikro- Makro- und Mesoebene ist eine demokratisierte Wirtschaft nicht denkbar. Das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft, das unter dem Regime des Neoliberalismus verloren gegangen ist, muss deshalb unter dem Druck gesellschaftlich fortschrittlicher Kräfte wieder in Stand gesetzt werden und handeln.

*Prof. Dr. Rer. Pol. H.-J. BONTRUP
Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik*

Lesetipp

IAB Handbuch Arbeitsmarkt Analysen, Daten, Fakten

Der deutsche Arbeitsmarkt steckt in einer tiefen Krise. Von einer Trendwende ist zwar immer wieder die Rede – erkennbar ist sie noch nicht. Eine umfassende Bestandsaufnahme und einen Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen bietet jetzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit dem IAB Handbuch Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit verharrt in Deutschland auf hohem Niveau, die Beschäftigung ist viel zu gering. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind von Rezession zu Rezession weiter gestiegen. Das beträchtliche Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit lässt keinen Zweifel, dass der deutsche Arbeitsmarkt auch strukturelle Probleme aufweist. Kurz gefasst: Der deutsche Arbeitsmarkt hat ein Niveau- problem, ein Entwicklungsproblem und ein Strukturproblem.

Das IAB Handbuch Arbeitsmarkt beschreibt:

- +die Entwicklung und Perspektiven des deutschen Arbeitsmarkts und der Beschäftigungspolitik,
- +die erwartbaren Wirkungen der jüngsten Reformen,
- +die Chancen und Risiken beim Ausbau eines Niedriglohnssektors
- +die Beschäftigungseffekte von Veränderungen im Bereich Arbeitszeit

Lesetipp

Wissenschaftliche Erkenntnisse in verständlicher Form bietet jetzt das im Campus Verlag erschiene IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Rund vierzig WissenschaftlerInnen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) analysieren auf 295 Seiten den Arbeitsmarkt in seiner ganzen Breite.

Vor dem sachlichen Hintergrund der Wissenschaftlichkeit werden gelegentlich Positionen bezogen, die sich mit unseren gewerkschaftlichen nicht treffen. Es werden aber auch Informationen geliefert, die deutlichen machen, wie wichtig zum Beispiel Qualifizierung der Beschäftigten, wie wichtig eine aktive Arbeitsmarktpolitik und wie dumm und töricht zum Beispiel manche Äußerungen von Menschen sind, die uns regieren und in eine bessere Zukunft bringen wollen.

Ein lesenswertes Buch, wenn auch keine leicht nebenbei Lektüre.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Campus Verlag (www.campus.de/isbn/3593379368).

Jutta Allmendinger, Werner Eichhorst, Ulrich Walwei (Hrsg.)

Band 1 der Reihe IAB-Bibliothek

Campus Verlag Frankfurt

und New York 2005

ISBN: 3-593-37936-8

Preis: 34,90 Euro.

Lesetipp

Schnee mit dunklem Schatten

Krista, Mei Ling und Andreas, alles Jugendliche, die auf dem Rummelplatz aufgewachsen sind und dort leben, werden damit konfrontiert, dass nichts mehr so ist wie es einmal war. Ein Junkie unternimmt einen Selbstmordversuch, da er nach erfolgreichem Entzug wieder rückfällig geworden ist, es werden Brandanschläge verübt und es werden anonyme Drohungen ausgesprochen. Die Jugendlichen nehmen auf eigene Faust Untersuchungen vor und begeben sich in Gefahr.

Der Roman bedient einige Vorurteile und bleibt streckenweise an der Oberfläche. Er ist aber spannend und leicht zu lesen. Ein Jugendroman, der auch für Erwachsene seinen Reiz hat.

Barbara Büchner

Arena Life

ISBN: 3-4001-02597-X

Preis: 6,90 Euro



